ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Seils, Eric; Pusch, Toralf

Research Report

Ungleichheit, Umverteilung und Preise im regionalen Vergleich

WSI Policy Brief, No. 70

Provided in Cooperation with:
The Institute of Economic and Social Research (WSI), Hans Böckler Foundation

Suggested Citation: Seils, Eric; Pusch, Toralf (2022) : Ungleichheit, Umverteilung und Preise im regionalen Vergleich, WSI Policy Brief, No. 70, Hans-Böckler-Stiftung, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI), Düsseldorf

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/251910

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

WSI
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut

Das WSI ist ein Institut der Hans-Böckler-Stiftung

POLICY BRIEF

Nr. 70 · Policy Brief WSI · 4/2022

UNGLEICHHEIT, UMVERTEILUNG UND PREISE IM REGIONALEN VERGLEICH

Eric Seils, Toralf Pusch

Einleitung[1]

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte wird häufig zur Messung von Wohlstand und Ungleichheit (Jenkins/van Kerm 2009) verwendet. Insbesondere tief regionalisierte Angaben stoßen regelmäßig auf ein reges Interesse, da sie aufschlussreiche Einblicke in die (regionale) Einkommensverteilung erlauben. Zugleich provozieren sie aber auch eine ganze Reihe von Nachfragen:

Was ist das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen und warum ist es so hoch? Wie groß ist die regionale Ungleichheit und welche Rolle spielt die staatliche Umverteilung? Gleichen Preisunterschiede, wie z. B. unterschiedlich hohe Mieten, die realen Einkommen an?

Im vorliegenden Papier werden diese Fragen auf der Grundlage von Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Länder sowie neu verfügbarer Daten zu regionalen Preisniveaus (Blien/van Phan thi Hong/van Auer/Weinand 2019, S.2) beantwortet.

1 Was ist das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen der privaten Haushalte…

Beim verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte handelt es sich um einen Posten im Zahlenwerk der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Den Ausgangspunkt der Berechnung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte stellt das sogenannte Primäreinkommen dar. Das manchmal auch als Markteinkommen bezeichnete Primäreinkommen (Brenke 2006, S.144) ist die Summe der Einkommen aus Vermögen und Erwerbstätigkeit. Wichtige Komponenten dieser Einkommen sind Arbeitnehmerentgelte, Selbstständigeneinkommen, Betriebsüberschüsse und Vermögenseinkommen.

Diese Primäreinkommen unterliegen dem staatlichen Steuer/Transfer-System. Von den Primäreinkommen werden daher einerseits alle Sozialbeiträge, Einkommensteuern, Vermögensteuern und sonstige direkten Abgaben abgezogen und andererseits die monetären Sozialleistungen und sonstige öffentliche Transfers addiert. Zudem werden sonstige laufende Transfers wie z. B. Leistungen von Kfz-Versicherungen oder Haftpflichtversicherungen hinzu gezählt. Im Ergebnis erhält man das am Wohnort gemessene (Küpper 2018, S.756) verfügbare Einkommen der privaten Haushalte, welches für den Konsum verwendet oder gespart werden kann.[2] Schließlich wird das verfügbare Einkommen durch die Gesamtbevölkerung dividiert, um das Pro-Kopf-Einkommen zu erhalten.

---

[1] Wir danken Holger Breiholz, Lukas Endres, Helge Emmler, Bettina Kohlrausch, Daniel Seikel und Sebastian Weinand für wertvolle Hinweise und Hilfestellungen.

[2] An dieser Stelle sind zwei Anmerkungen erforderlich: Erstens wird in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Länder für die Kreisebene nur das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck ausgewiesen. Die quantitative Bedeutung der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck lässt sich grundsätzlich aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für die Bundesrepublik abschätzen. Danach ist das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte unter Einschluss der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck nicht einmal drei Prozent höher als ohne diese Organisationen (Statistisches Bundesamt (2021); Schwahn/Schwarz (2015, S.28). Allerdings kann der Unterschied regional durchaus ins Gewicht fallen. Dies gilt etwa für die Standorte großer Organisationen ohne Erwerbszweck wie z. B. Stiftungen, Parteien oder Kirchen. Zweitens ist zu beachten, dass es sich bei den hier verwendeten Daten um das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte nach dem sogenannten *Ausgabenkonzept* handelt. Soziale Sachleistungen, die ein durchaus beachtliches Volumen haben, sind somit nicht enthalten Schwahn/Schwarz (2015), weil die privaten Haushalte dafür kein Geld ausgeben mussten, obwohl sie diese konsumiert haben.

2 … und warum ist es so hoch?

Wie wir aus den Reaktionen auf eine frühere Publikation (Seils/Baumann 2019) zum Thema wissen, erscheint vielen Menschen das durchschnittliche verfügbare Pro-Kopf-Einkommen sehr hoch. Zur Illustration bietet sich das Jahr 2018 an, weil dies das Jahr der letzten aktuell verfügbaren Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) war (Statistisches Bundesamt 2020). In dem Jahr betrug das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen der privaten Haushalte *ohne* die Organisationen ohne Erwerbszweck 22.508 Euro im Jahr bzw. 1.876 Euro im Monat. Bei einem vierköpfigen Haushalt ergibt sich somit rechnerisch ein verfügbares Haushaltseinkommen von 4 x 1.876 = 7.503 Euro im Monat. Ein Einkommen, von dem die meisten privaten Haushalte nur träumen können!

Tabelle 1: Schätzungen des Nettohaushaltseinkommens, 2018
Nettohaushaltseinkommen pro Monat in Euro

		Wert	
		Durchschnitt	**Median**
Art der Befragung	Selbsteinstufung	2.672	2.150
	Detailabfrage	3.664	2.959

Quelle: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, eigene Berechnungen

WSI

Anmerkung: Das Nettohaushaltseinkommen ist ein Posten der EVS, welches dem verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte sehr nahekommt. Fügt man dem Nettohaushaltseinkommen die Einnahmen aus dem Verkauf von Waren (z. B. Gebrauchtwagen) sowie die sonstigen Einnahmen (z. B. Flaschenpfand, Energiekostenrückerstattung) hinzu, dann erhält man „Ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen", welche dem „Verfügbaren Einkommen der Privaten Haushalte" in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung entsprechen (Statistisches Bundesamt 2020). Die Selbsteinstufung erfolgte im Januar 2018.

Warum erscheint uns das in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ausgewiesene verfügbare Einkommen der privaten Haushalte so hoch? Um dies zu verstehen, muss man sich erstens vergegenwärtigen, dass wir die Einkommen aus der VGR mit unserem eigenen Einkommen vergleichen. Unser eigenes Einkommen bildet also den impliziten Bewertungsmaßstab für die Einschätzung der Einkommensdaten aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Dazu müssen wir unser eigenes Einkommen einschätzen. Bei einer solchen Selbsteinstufung unseres Einkommens neigen wir jedoch dazu unser Einkommen zu unterschätzen, weil wir dabei kleine Einkunftsarten übersehen (Stauder/Hüning 2004). Mit Hilfe der Daten aus der Tabelle 1 kann dies auch gezeigt werden, weil die Nettohaushaltseinkommen in der EVS sowohl in Form einer Selbsteinstufung als auch detailliert abgefragt werden. Bei der Selbsteinstufung wird das monatliche Nettohaushaltseinkommen global nach Einkommensklassen erfragt (Statistisches Ämter des Bundes und der Länder 2020). Bei der Detailabfrage werden einzelne Einkommensquellen abgefragt bzw. geschätzt und dann zum Nettohaushaltseinkommen zusammengefasst. Der Vergleich der beiden Zeilen zeigt, dass die Detailabfrage in weitaus höheren Nettohaushaltseinkommen resultiert. Die kleinen vergessenen Einkommensbestandteile summieren sich also zu einem großen Unterschied.

In der Tat gibt es zahlreiche Einkommensarten, die kaum jemand bei einer schnellen Schätzung seines eigenen Haushaltseinkommens berücksichtigen dürfte: Am wichtigsten sind sicherlich die unterstellten Einkünfte aus selbstgenutztem Wohneigentum, die ein beachtliches Volumen haben können, aber kaum jemals als eigenes Einkommen wahrgenommen werden. Weitere Posten, die bei einer pauschalen Selbsteinschätzung des Haushaltseinkommens leicht vergessen werden können, sind etwa Leistungen von Kfz-Versicherungen, Haftpflichtversicherungen oder kleine Sozialleistungen. Kurzum, das in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ausgewiesene verfügbare Pro-Kopf-Haushaltseinkommen erscheint uns möglicherweise auch deshalb so hoch, weil wir unser eigenes Einkommen unterschätzen.

Zweitens ist die Einschätzung, dass das *durchschnittliche* verfügbare Pro-Kopf-Einkommen höher ist als das Einkommen der Mehrheit der Bevölkerung, aber durchaus korrekt. Dies ergibt sich einfach daraus, dass es vergleichsweise viele Haushalte mit geringem und mittlerem Einkommen und nur wenige Haushalte mit sehr hohem Einkommen gibt. Wenige, am oberen Ende der Verteilung allerdings sehr hohe Einkommen werden somit das durchschnittliche Einkommen (arithmetisches Mittel) regelmäßig über das mittlere Einkommen der Verteilung, den sogenannten Median heben. Ein Blick auf die Tabelle 1 zeigt, dass das durchschnittliche Nettohaushaltseinkommen unabhängig von der Art der Ermittlung deutlich höher ausfällt als der entsprechende Median. Die Höhe des durchschnittlichen verfügbaren Einkommens der Privathaushalte lenkt also den Blick auf die Ungleichheit der personellen Einkommensverteilung.

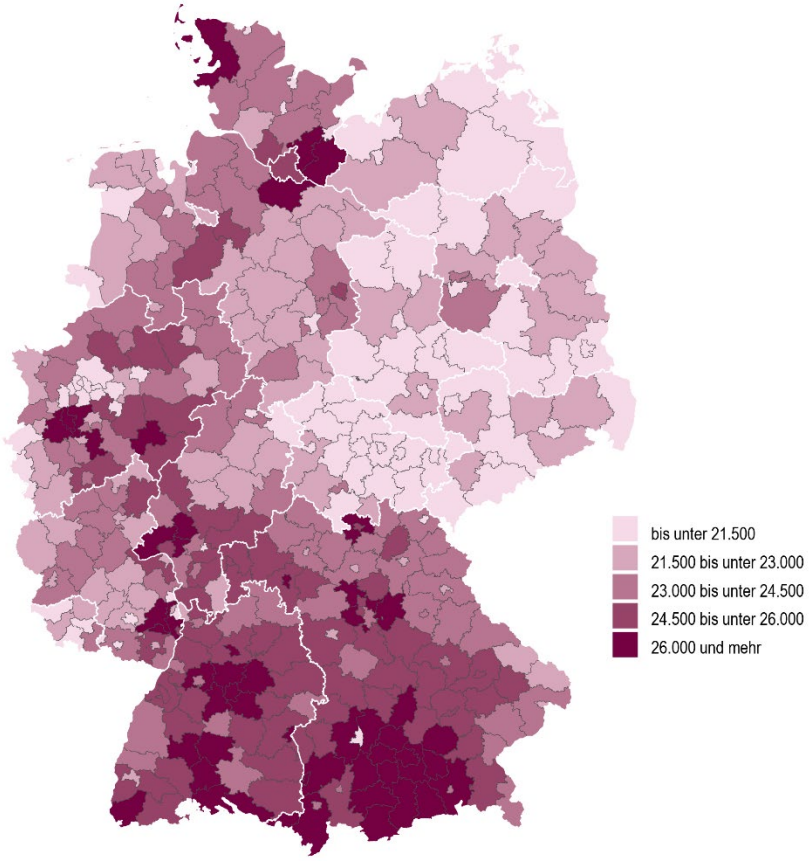
3 Wie groß ist die regionale Ungleichheit …

Die (interaktive) Karte in Abbildung 1 und die Daten im Online-Appendix erlauben eine ganze Reihe interessanter Beobachtungen hinsichtlich regionaler Einkommensunterschiede:

Zunächst einmal lässt sich ein deutliches West-Ost-Gefälle ausmachen: So beträgt das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen in den alten Bundesländern (ohne Berlin) 24.350 Euro, während es in den neuen Bundesländern (inklusive Berlin) nur 21.046 Euro sind (Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder 2021b, Tabellen 5.2 und 6.7). In der Tat gibt es im Osten mit dem Landkreis Potsdam-Mittelmark mit 24.127 Euro überhaupt nur einen Kreis, der den Wert für Deutschland insgesamt (23.706 Euro) erreicht.

Auch der optische Eindruck eines Süd-Nord-Gefälles in den alten Bundesländern trügt nicht. Mit durchschnittlich 26.015 Euro fällt das verfügbare Einkommen in den südlichen Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg etwa 2.600 Euro höher aus als im Mittel der übrigen alten Bundesländer (ohne Berlin) (Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder 2021b, Tabellen 5.2 und 6.7). Sieht man einmal vom Hochtaunuskreis ab, dann liegen zudem die fünf Kreise mit dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen alle in Bayern oder Baden-Württemberg. Alle Kreise mit einem durchschnittlichen verfügbaren Einkommen unter 20.000 Euro liegen hingegen weiter nördlich.

Abbildung 1: Verfügbare Pro-Kopf-Einkommen der privaten Haushalte, 2019
Verfügbares Einkommen pro Einwohner in Euro



Quelle: VGR der Länder

WSI

Anmerkung: Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck (Ausgabenkonzept) pro Einwohner.

Schließlich lassen sich auf der Kreisebene frappierende Einkommensunterschiede identifizieren: In der Stadt Heilbronn (42.275 Euro) und den Landkreisen Starnberg (38.509 Euro), Miesbach (35.599 Euro), Hochtaunuskreis (35.238 Euro) und dem Landkreis München (32.348 Euro) verfügen die Einwohner durchschnittlich deutlich über 30.000 Euro. Am unteren Ende der Verteilung kommen die Privathaushalte in Gelsenkirchen (17.015 Euro), Duisburg (17.741 Euro), Halle an der Saale (18.527 Euro), Bremerhaven (18.590 Euro) und Herne (18.907 Euro) pro Kopf nicht einmal auf 19.000 Euro. Der Vergleich der Ränder der Verteilung fördert also erstaunliche Einkommensunterschiede zutage. Wie sind solche Unterschiede zu bewerten?

Eine umfassende Kennziffer zur Messung (regionaler) Ungleichheit ist der sogenannte Hoover-Index, welcher gelegentlich auch als Robin-Hood-Index bezeichnet wird. Dieser setzt das Einkommen, welches mindestens umverteilt werden müsste, um eine Gleichverteilung zu erreichen, in ein Verhältnis zum Gesamteinkommen. Auf der Kreisebene liegt der Hoover-Index für die Bundesrepublik bei 4,5 Prozent. Das bedeutet, 4,5 Prozent des gesamten verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte müssten mindestens umverteilt werden, um eine Gleichverteilung zwischen den Kreisen zu erreichen (Winkelmann 2010, S.26). Einerseits ist dies sicherlich weniger als es der Vergleich der reichsten und ärmsten fünf Kreise erwarten ließ. Andererseits muss man sich auch vor Augen halten, dass die Kreisdaten zum

durchschnittlichen verfügbaren Pro-Kopf-Einkommen der privaten Haushalte selbst schon Mittelwerte darstellen. Die Ungleichheit der personellen Einkommensverteilung innerhalb der Kreise wird dabei ausgeblendet.

Alternativ lassen sich derartige Unterschiede mit Hilfe von Quantilen beschreiben. Im Falle von Dezilen ermittelt man dazu zunächst den Einkommenswert unterhalb dessen genau 90 Prozent aller Kreise liegen. Im vorliegenden Fall sind das all jene Stadt- und Landkreise, in denen das durchschnittlich verfügbare Pro-Kopf-Einkommen unter 26.620 Euro liegt. Danach ermittelt man das Pro-Kopf-Einkommen unterhalb dessen 10 Prozent aller Kreise liegen (20.340 Euro). Setzt man diese ins Verhältnis ergibt sich eine Dezilrelation D9/D1 von 1,3 (26.620 Euro / 20.340 Euro). In den 10 Prozent reichsten Kreisen ist das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen also mindestens 1,3 mal höher als in den 10 Prozent ärmsten Kreisen. Dieser Indikator dämpft aufgrund der größeren Zahl der einbezogenen Kreise also den Eindruck eines großen *regionalen* Einkommensunterschiedes den etwa der Vergleich zwischen Heilbronn und Starnberg auf der einen Seite und Gelsenkirchen und Duisburg auf der anderen Seite hervorruft (Braml/Felbermayr 2018). Andererseits sollten die Kreise mit außergewöhnlich hohen durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen wie etwa in Heilbronn oder dem Landkreis Starnberg nicht unbeachtet als Ausreißer abgetan werden. So ist das überraschend hohe durchschnittliche Einkommen in Heilbronn wohl auf den Eigentümer einer großen Discounter-Kette und seine Stiftungen zurückzuführen. Der Landkreis Starnberg ist für seine hohe Millionärsdichte und die zahlreichen Fußballstars bekannt, die Presseberichten zufolge am Tegernsee wohnen. Was hier als regionale Ungleichheit erscheint, ist also die Ungleichheit der personellen Einkommensverteilung. Die Regionalisierung wirkt hier wie ein Schlaglicht auf den oberen Rand der Einkommensverteilung, welcher von den üblichen Haushaltsbefragungen nicht erfasst werden kann. Dies wirft freilich die Frage nach der Rolle des Staates auf.

4 … und welche Rolle spielt die staatliche Umverteilung?

Wie oben ausgeführt, unterliegen die Primäreinkommen, die manchmal auch als Markteinkommen bezeichnet werden, der staatlichen Umverteilung. Einerseits erhebt die öffentliche Hand direkte Abgaben wie die Einkommensteuer und Sozialversicherungsbeiträge und andererseits verteilt sie Sozialleistungen wie etwa Rentenzahlungen, das Arbeitslosengeld und sonstige Transfers. Nach der staatlichen Umverteilung und sonstigen laufenden Transfers bleibt den privaten Haushalten noch etwa 81,3 Prozent des Primäreinkommens als verfügbares Einkommen (Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder 2021b). Den Rest haben sie jedoch nicht einfach verloren, sondern erhalten ihn in Form verschiedener staatlicher Leistungen zurück. Hier ist unter anderem an die Leistungen der inneren und äußeren Sicherheit, die öffentliche Infrastruktur oder an die bereits angesprochenen sozialen Sachleistungen zu denken.

Wie Tabelle 2 zeigt, verringert sich die regionale Ungleichheit durch die Umverteilung deutlich. Legt man den Hoover-Index zugrunde, dann bestand vor Steuern und Transfers eine Ungleichheit der Markteinkommen von 7,3 Prozent. Das bedeutet, man hätte mindestens 7,3 Prozent des gesamten Primäreinkommens in der Bundesrepublik umverteilen müssen, um eine Gleichverteilung zwischen den Kreisen zu erreichen. Nach der Umverteilung besteht beim verfügbaren Einkommen noch eine Ungleichheit von

4,5 Prozent, d. h. die durchschnittlichen verfügbaren Pro-Kopf-Einkommen der Kreise sind einer Gleichverteilung deutlich näher gekommen. Betrachtet man die Ränder der Verteilung, kommt man zu einem ähnlichen Ergebnis: Die reichsten 10 Prozent der Kreise haben danach ein mindestens 1,6 mal so hohes Markteinkommen wie die ärmsten 10 Prozent der Kreise. Durch die Umverteilung sinkt die Dezilrelation D9/D1 bei den verfügbaren Pro-Kopf-Einkommen auf 1,3.

Tabelle 2: Umverteilung und regionale Einkommensdifferenzen

	Primäreinkommen	Verfügbares Einkommen
Hoover-Index	7,3	4,5
D9/D1	1,6	1,3
West (Ost = 100)*	133	116
Süd (Nord = 100)*	117	111

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder 2021a, eigene Berechnungen

WSI

Anmerkung: *Durchschnittliches verfügbares Pro-Kopf-Einkommen nach Regionen. „West“ umfasst die alten Länder ohne Berlin, „Ost“ die neuen Länder inklusive Berlin. „Süd“ umfasst die Bundeländer Bayern und Baden-Württemberg, „Nord“ die übrigen alten Länder ohne Berlin.

Darüber hinaus trägt die Umverteilung zur Angleichung der Einkommen zwischen den Regionen bei. Wie aus der Tabelle 2 ersichtlich, liegen die durchschnittlichen verfügbaren Pro-Kopf-Einkommen in Ost und West dichter beieinander als die Pro-Kopf-Markteinkommen. Liegt das durchschnittliche Primäreinkommen im Westen 33 Prozent über dem des Ostens, so verringert sich der Unterschied nach Umverteilung auf 16 Prozent. Analog gilt dies für die südlichen Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg auf der einen Seite und die übrigen westlichen Bundesländer auf der anderen Seite.

Schließlich lohnt es sich die Wirkungen des Steuer/Transfer-Systems und der sonstigen laufenden Transfers auf der Kreisebene in den Blick zu nehmen. Rechnerisch ergeben sich diese aus der Differenz von verfügbaren Einkommen und Primäreinkommen. Aus den zu Beginn des Abschnitts erläuterten Gründen fällt das verfügbare Haushaltseinkommen zumeist niedriger aus als das Primäreinkommen. Insgesamt gibt es daher nur 24 Kreise, die aus dem Steuer/Transfer-System mit einem positiven Saldo hervorgehen. Diese liegen ausnahmslos in Ostdeutschland und zeichnen sich durch einen überdurchschnittlichen Anteil von Menschen im Rentenalter aus. Den höchsten Gewinn aus der Umverteilung verbucht der Landkreis Mansfeld-Südharz mit 1.715 Euro pro Kopf. Es folgen die Stadt Görlitz (1.596 Euro) und das Altenburger Land (1.295 Euro). In diesen Kreisen sind jeweils mehr als 30 Prozent der Bevölkerung über 65 Jahre alt. Ein hoher Seniorenanteil ist einerseits mit niedrigen Primäreinkommen und andererseits mit hohen Rentenleistungen verbunden. Mit einem Saldo von -15.314 Euro pro Kopf liefert die bayerische Landeshauptstadt München hingegen einen besonders großen Beitrag zum Steuer/Transfer-System. Ähnlich fällt die Bilanz für den Hochtaunuskreis (-14.338 Euro) und den Landkreis Starnberg (-14.274 Euro) aus.

5 Gleichen Preisunterschiede die Einkommen an?

Manchmal wird vermutet, dass die nach der Umverteilung verbleibenden Einkommensunterschiede durch Unterschiede bei den regionalen Preisniveaus ausgeglichen werden. Bislang konnte dieser Vermutung aber kaum nachgegangen werden. Während nämlich internationale Preisniveaus bzw. Kaufkraftparitäten von den statistischen Ämtern seit vielen Jahrzehnten regelmäßig publiziert werden, sind solche Daten für die regionale Ebene Mangelware. In einer bahnbrechenden Studie haben Weinand und Auer (2019, 2020) jüngst jedoch die Daten des Statistischen Bundesamtes aus der Verbraucherpreiserhebung sowie Daten des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung genutzt, um Preisindizes für interregionale Vergleiche zu errechnen. Neben dem Gesamtindex liegen auch Teilindizes für Wohnen, Güter und Dienstleistungen vor.

Zu beachten ist jedoch, dass sich die Preisindizes auf das Jahr 2016 und 402 Kreise beziehen. Die Daten zum verfügbaren Pro-Kopf-Einkommen der privaten Haushalte beziehen sich jedoch auf das Jahr 2019. Daraus ergeben sich zwei Folgeprobleme: Erstens ist der Landkreis Osterode am Harz durch eine Fusion im Landkreis Göttingen aufgegangen, sodass es 2019 nur noch 401 Kreise gab. Aus diesem Grunde mussten die Preisindizes für die beiden ehemaligen Kreise für die folgenden Berechnungen bevölkerungsgewichtet zusammengefasst werden. Zweitens könnten sich in den drei Jahren die relativen Preisniveaus geändert haben. Tatsächlich ändern sich solche Preisrelationen jedoch nur langsam (Kawka/Beißwenger/Costa/Kemmerling 2009, S.25f.). Dennoch sollten die ermittelten Beträge mit Vorsicht interpretiert werden.

Wie die Tabelle 3 zeigt, fällt die Angleichung der regionalen Einkommensdifferenzen durch die unterschiedlichen Preisniveaus viel geringer aus als jene, die aus dem Steuer/Transfer-System resultiert.

Tabelle 3: Preisniveaus und regionale Einkommensdifferenzen, 2019

	Verfügbares Einkommen (nominal)	Verfügbares Einkommen (preisbereinigt)
Hoover-Index	4,5	4,3
D9/D1	1,3	1,3
West (Ost = 100)*	116	112
Süd (Nord = 100)*	111	110

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder 2021a; Weinand/Auer 2019, 2020, eigene Berechnungen

WSI

Anmerkung: *Durchschnittliches verfügbares Pro-Kopf-Einkommen nach Regionen. „West“ umfasst die alten Länder ohne Berlin, „Ost“ die neuen Länder inklusive Berlin. „Süd“ umfasst die Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg, „Nord“ die übrigen alten Länder ohne Berlin.

Grundsätzlich zeigt der Hoover-Index eine gewisse Angleichung an, bei der D9/D1-Dezilrelation ist diese aber schon so klein, dass sie von der Rundung verdeckt wird. Zwischen Ost und West sorgen die unterschiedlichen Preisniveaus für eine leichte Angleichung. Es verbleibt jedoch ein realer Einkommensunterschied von 12 Prozent.

Grundsätzlich ist bei den im Online-Appendix ausgewiesenen preisbereinigten Zahlen zu berücksichtigen, dass diese als Näherungswerte zu betrachten sind, weil sich der zugrundeliegende Preisindex auf das Jahr 2016 bezieht, die Einkommensdaten aber auf das Jahr 2019. Akzeptiert man die damit verbundene Unsicherheit, dann zeigt sich, dass die Stadt Heilbronn und die Landkreise Starnberg und Miesbach die Regionen mit den höchsten preisbereinigten, verfügbaren Einkommen sind. Die Städte Gelsenkirchen und Duisburg sind weiterhin am äußersten unteren Rand der Verteilung zu finden. Halle an der Saale profitiert hingegen von den niedrigen Preisen im Osten und kann sich vom unteren Rand etwas absetzen.

6 Fazit

Das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen ist ein interessanter Indikator für die Messung (regionaler) Ungleichheit. Er wirft jedoch regelmäßig Fragen auf, die Gegenstand der vorliegenden Untersuchung waren:

Erstens konnte gezeigt werden, dass uns das durchschnittliche verfügbare Pro-Kopf-Einkommen so hoch erscheint, weil wir einerseits unser eigenes Einkommen unterschätzen. Andererseits ist das durchschnittliche verfügbare Einkommen tatsächlich höher als das der Mehrheit der Bevölkerung, weil vergleichsweise wenige Haushalte den Mittelwert aller Haushalte anheben.

Zweitens sind durchaus beachtliche regionale Einkommensunterschiede zu verzeichnen. Dies betrifft nicht nur den Einkommensunterschied zwischen Ost- und Westdeutschland, sondern auch zwischen Nord- und Süddeutschland in den alten Bundesländern. Vergleiche auf der Kreisebene lenkten hingegen den Blick auf die personelle Einkommensverteilung. Wenige sehr einkommensreiche Haushalte können das Durchschnittseinkommen in einem Kreis durchaus beträchtlich beeinflussen.

Drittens hat die staatliche Umverteilung einen enormen angleichenden Effekt auf die regionale Ungleichheit. Diese reduziert sowohl die Einkommensunterschiede zwischen Ost und West als auch zwischen Nord und Süd in den alten Bundesländern. Zudem verringert sich der Abstand zwischen dem obersten und dem untersten Dezil der Kreise.

Viertens konnte mit Hilfe der Daten von Weinand und Auer (Weinand/Auer 2019, 2020) gezeigt werden, dass regional unterschiedliche Preisniveaus einen weiteren nivellierenden Effekt haben. Allerdings ist dieser weitaus kleiner als die Umverteilungswirkung, die vom Steuer/Transfer-System ausgeht. Es ist auch mitnichten so, dass die Einkommensunterschiede zwischen Ost und West oder zwischen Nord und Süd in den alten Ländern bei einer preisbereinigten Betrachtung verschwinden würden. Die von sehr reichen Haushalten geprägten Durchschnittseinkommen der Kreise Heilbronn und Starnberg bilden weiterhin den oberen Rand der Verteilung.

Insgesamt lässt sich also konstatieren, dass das Steuer/Transfer-System und regional unterschiedliche Preisniveaus die (realen) Einkommen in erheblichem Maße angleichen. Dennoch verbleibt insbesondere in der personellen Einkommensverteilung eine beträchtliche Ungleichheit, die durch die üblichen Haushaltsbefragungen nicht vollständig abgebildet werden kann.

Literatur

Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (2021a): Einkommen der privaten Haushalte in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 1995 bis 2019. Reihe 2, Kreisergebnisse Band 3, Frankfurt

Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (2021b): Entstehung, Verteilung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2020. Reihe 1, Länderergebnisse Band 5, Stuttgart

Blien, U./van Phan thi Hong/van Auer, L./Weinand, S. (2019): Wächst die Kluft zwischen den Regionen?, Nürnberg

Braml, M./Felbermayr, G. (2018): Regionale Ungleichheit in Deutschland und der EU: Was sagen die Daten?, in: ifo Schnelldienst 71 (7), S. 36–49

Brenke, K. (2006): Zunehmende regionale Einkommensunterschiede in Deutschland, aber starke Ausgleichswirkungen durch Pendlereinkommen und Sozialtransfers, in: DIW-Wochenbericht 11/2006, S. 141–150

Jenkins, S. P./van Kerm, P. (2009): The Measurement of Economic Inequality, in: Nolan, B./Salverda, W.//Smeeding, T. M. (Hrsg.): The Oxford Handbook of Economic Inequality, Oxford, S. 40–67

Kawka, R. (2009): Regionaler Preisindex, Bonn

Küpper, J. (2018): Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte in den kreisfreien Städten und Landkreisen 2016, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz 71 (11), S. 756–764

Schwahn, F./Schwarz, N. (2015): Einkommenskonzepte zur Wohlfahrtsmessung: Soziale Sachleistungen als Einkommensbestandteil?, in: Wirtschaft und Statistik (3), S. 25–40

Seils, E./Baumann, H. (2019): Verfügbare Haushaltseinkommen im regionalen Vergleich. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung (WSI): WSI-Verteilungsmonitor 4/2019, Düsseldorf, https://www.boeckler.de/pdf/wsi_vm_verfuegbare_einkommen.pdf

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2020): Metadatenreport. Teil II: Produktspezifische Informationen zur Nutzung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2018, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt (2020): Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte. Laufende Wirtschaftsrechnungen, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt (2021): Inlandsproduktberechnung 2020. Detaillierte Jahresergebnisse, Wiesbaden

Stauder, J./Hüning, W. (2004): Die Messung von Äquivalenzeinkommen und Armutsquoten auf der Basis des Mikrozensus, in: Statistische Analysen und Studien NRW, Band 13, S. 9–31

Weinand, S./Auer, L. von (2019): Anatomy oft regional price differentials. Evidence from micro price data. Deutsche Bundesbank Eurosystem: Discussion Paper 4/2019, Frankfurt

Weinand, S./Auer, L. von (2020): Anatomy of regional price differentials, in: Spatial Economic Analysis 15 (4), S. 413–440

Winkelmann, U. (2010): Räumlicher Einkommensausgleich durch Pendler, in: Statistische Monatshefte Baden-Württemberg 63 (1), S. 25–29

AUTOREN

Dr. Eric Seils
Referat: Vergleichende Sozialpolitik
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut
der Hans-Böckler-Stiftung
Düsseldorf
eric-seils@boeckler.de

Dr. Toralf Pusch
Referat: Arbeitsmarktanalyse
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut
der Hans-Böckler-Stiftung
Düsseldorf
Toralf-Pusch@boeckler.de

IMPRESSUM

Herausgeber
Hans-Böckler-Stiftung
Georg-Glock-Straße 18
40474 Düsseldorf
www.boeckler.de

ISSN 2366-9527

Satz: Daniela Groß

WWW.BOECKLER.DE